

Gattler-Zeitung

Nr. 26.

Berlin, den 28. Dezember 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6895)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Jassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Zum Jahreswechsel. — Wandernde Bibliotheken. — Der Zolltarif in erster Reichstagslesung. — Zur Militärarbeit. — Eine kleine Ungenauigkeit. — Er hat es gewagt — und die Ehre, die war gerettet! — Aus dem Auslande. — Rechtsprechung. — Gewerkschaftliches. — Vereinsheit. — Vermischtes. — Misset. — Priefstafel. — Anzeigen.

Zum Jahreswechsel

werden alljährlich dieselben Betrachtungen angestellt und dieselben Wünsche ausgesprochen, ohne daß das eine uns tröstet und das andere uns hilft. Weshalb hundertmal Gefagtes wiederholen? Vor Allem wünschen wir unseren Berufskollegen, daß das jetzt im Lande umhererschleichende Gespenst, die Arbeitslosigkeit, ihnen nichts anhaben möge und daß sie auch im neuen Jahre Muth und Gelegenheit finden, eine Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen.

Wandernde Bibliotheken.

Die Verwaltungsstelle München hat den berechtigten Wunsch geäußert, zunächst einmal festzustellen, welche Bücher in den einzelnen Verwaltungsstellen vorhanden sind. Wir möchten deshalb die Bibliothekare bitten, ein Verzeichniß ihrer Bücherschätze an den Hauptvorstand einzusenden, damit eine Zusammenstellung gemacht und an dieser Stelle zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden kann.

Sollten die Verwalter einiger gut ausgestatteten Bibliotheken sich die Mühe machen, festzustellen, wie oft die einzelnen Werke im Laufe des Jahres 1901 ausgeliehen worden sind und wie oft die einzelnen Leser Bücher entnommen haben, so wäre dieses mit Freuden zu begrüßen. Hoffentlich unterzieht sich der Eine oder Andere der nützlichen Arbeit.

Der Zolltarif in erster Reichstagslesung.

Seit dem 2. Dezember ist die erste große Zolltarifschlacht im Gange, deren Ausgang von Tag zu Tag immer weiter hinausgeschoben wird. Immer neue Redner werden auf die Tribüne geschickt, die Mitreden werden um so heftiger, je weniger neue Angriffspunkte entdeckt werden können. Jede Rede ruft fünf Gegenreden hervor. Hinter dem Reichstanzler wollen die Minister, hinter den Fraktionsführern die übrigen Sachverständigen nicht zurückbleiben. Die Vorträge der einzelstaatlichen Regierungsvertreter rufen Gegenreden von Abgeordneten aus ihren Staaten und diese wiederum neue Reden ihrer Landsleute hervor. Weil Herr Payer von der sächsischen Volkspartei am fünften Tage gegen die Vorlage sprach, muß ihm unbedingt ein Württemberger Konservativer am sechsten Tage antworten. Trotzdem ist die erste Lesung am 14. Dezember zu Ende geführt worden, worauf die Verweisung der Vorlage an eine Kommission erfolgt ist.

Die Kommission wird unter ihren 28 Mitgliedern vier Sozialdemokraten, drei Vertreter der Freisinnigen Volkspartei oder der Deutschen Volkspartei und einen Vertreter der Freisinnigen Vereinigung haben. Die Liste wird also acht Mitglieder zählen. Auf der rechten Seite sind die Konservativen vertreten durch vier, die Freikonservativen durch zwei Mitglieder, die Antisemiten durch ein Mitglied, im Ganzen also durch sieben Mitglieder. In der Mitte stehen vier Nationalliberale, acht Zentrumsmitglieder und ein

Pole, wenn man die Nationalliberalen und Zentrumsleute noch zur Mitte zählen darf

Die Verhandlungen wurden mit einer Kanzlerrede eingeleitet, die als Zweck des Entwurfs bezeichnete, in erster Linie den Wünschen der Landwirtschaft nach Erhöhung des Schutzes Rechnung zu tragen, aber auch den Mängeln der bisherigen Industriegölle Abhilfe zu schaffen und als Waffe beim Abschluß neuer Handelsverträge zu dienen. Die Landwirtschaft sei in erster Linie genannt, weil sie sich in besonders schwieriger Lage befinde, während Industrie und Handel sich günstiger entwickelt hätten. Deutschland sei weder ein Industrie- noch ein Agrarstaat, sondern Beides zugleich. Der Kanzler appellirte zum Schluß an Dasjenige, was er als „nationalen Egoismus“ bezeichnete, um der Vorlage eine günstige Stimmung zu verschaffen.

Dem Kanzler folgte der Ressortminister, der Schatzsekretär v. Tschelmann, der sich darauf beschränkte, das Haus mit seinen technischen Auseinandersetzungen über den Aufbau der Vorlage zu langweilen. Nun erst spielten die Parteien ihre Farben aus. Graf Schwerin von den Konservativen verdeutschte gleich eingehend den „nationalen Egoismus“ zu einem „vaterländischen Solidaritätsgefühl“, wobei er natürlich an die Arbeiterklasse als Geber und an seine Junkerfreunde als Bedürftige dachte, und ließ dann der Regierung den Text, daß sie eine Reihe erhöhter Industriegölle, die die Landwirtschaft belasten, vorgegeben habe, ohne annehmbare Gölle für die Beherrschenden zu verlangen. Er drohte, daß, wenn abermals der Landwirtschaft eine Enttäuschung bereitet werde, eine Verweisung Platz greife, die zu ganz unberechenbaren wirtschaftlichen Konsequenzen führe, und beantragte schließlich die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission.

Genosse Mollenhuth kennzeichnete die Gölle als Maßregeln, die auf Raub und Plünderung der Massen ausgehen. Er erklärte die Konkurrenzmöglichkeit der amerikanischen Landwirtschaft aus der alten Erfahrung, daß die Produktion um so billiger werde, je höher die Löhne seien und wie nach, daß nicht das Ausland, nicht der Zwischenhandel, sondern der Konsument die Zollbelastung tragen müsse und zwar der Allärmste am allermeisten. Er erblickte in der Getreidezollerhöhung einen Widerstand gegen den so schreitenden Industriehaat und verurtheilte die Art, wie die verschiedenen Schutzollinteressenten sich gegenseitig „ausgleichen“ auf Kosten des Konsumenten, dieses „Sich beschenken“ aus den Taschen der Arbeiter. Zum Schluß wies Mollenhuth auf die Petition der 3 1/2 Millionen Staatsbürger gegen den Zolltarif hin u. d. verlangte eine Auflösung des Reichstages, um den genannten Wählern Gelegenheit zur Meinungäußerung zu geben. Der zweite Vortag begann mit einer Rede des Vaters der Vorlage, Grafen Posadowski, der den Versuch machte, durch Hervorhebung einer Menge nebensächlicher Einzelheiten das Interesse von der Hauptsache abzulenken, einen radikalen Freihandel als unmöglich erklärte und der Landwirtschaft eine Reihe sozialpolitischer Vorzüge andichtete, um ihren Forderungen Sympathie zu verschaffen. Als er ebenfalls an den nationalen Stolz appellirte, da slog ihm der Zuruf: „Zwölftausend Mark Stolz“ ins Gesicht.

Die schwarze Farbe spielte Herr Spahn auf, der den Agrariern volles Verständnis der Zentrumsparthei für ihre Wünsche und so möglich noch höhere Zollsätze, als die Vorlage sie bietet, für Roggen, Gerste und Hafer verhielt. Die demagogische Parole des Abgeordneten Sitaro-Wagen, die Zollennahmen für Wohlhabendeintrichtungen für die Arbeiter zu verwenden, wurde von diesem Redner, wie nach ihm auch von seinem Fraktionsgenossen Perold wiederholt, ohne dadurch die Achtung vor dem schmächtigen Volksvertreter dieser Partei zu erhöhen.

Ihm folgte der Führer der Freihändler Eugen Richter, der einen seiner besten Tage hatte. Mit schärfen Worten züchtete er den widersinnigen Protektionismus, beleuchtete dessen Widerpruch zur Welt und Nationalpolitik und geß sie die Schamergarinnen der Autoren des Entwurfs. Das krasseste Bemühen des Handelsministers Müller, der es weder mit den industriellen Handelsvertragsfreunden, noch mit den agrarischen Einheitszoll-

gegner verberben möchte, ironisierte er unter särmischer Pöttelei des Reichstages und das Verlangen hoher Getreidezölle nannte er: „sein Schutz der nationalen Arbeit, sondern Schutz der Rente“. Er wies darauf hin, daß die Folgen dieser Schutzpolitik einzig der Sozialdemokratie zu Gute kommen müßten, die sich seit 1888 verdreifacht habe, und das Ansehen des monarchischen Systems schädigen müssen. Die Rede war ein Meisterwerk liberaler Zollgegnerschaft — aber vergebens suchte man darin einen Gedanken an die Interessen des arbeitenden Volkes. Die Arbeiterklasse, die ihre Lebenshaltung nach dem vom Unternehmertum gezahlten winzigen Lohnbetrag einrichten muß, der Lohnarbeiter, der nicht handelt und nicht erwirbt (d. h. nicht ausbeutet), diese existieren für die bürgerliche Liberalität nicht. — Immerhin war der Eindruck der Richter'schen Rede auf die Regierungsbereiter ein so nachhaltiger, daß der Reichskanzler selbst das Wort zur Abwehr ergriff.

Der dritte Tag gehörte den sogenannten Sachverständigen der Zollfreunde und Zollgegner. Prof. Baasche begann den Reigen als erster Nationalliberaler, der zu Worte kam. Er rechtfertigte den Entwurf als wirtschaftliche Notwendigkeit gegen Amerika und leugnete, daß derselbe eine Auswucherung der Schwächen durch die Staaten herbeiführe. — Der freisinnige Bergsrath Dr. Gotheim gilt als wissenschaftliche Leuchte erster Ordnung auf dem Gebiete der Zollfrage. Sein umfangreiches Werk hat viel zur Klärung derselben beigetragen. Die Agrarier bereiteten daher auch seinen scharfpunktirten Ausführungen mehrfach särmische Unterbrechungen. Er war auch der einzige Liberale, der sich der Interessen der Arbeiter annahm; er tabelte, daß der mit der Vorbereitung der Zollfragen betraute „Wirtschaftliche Ausschuss“ keinen Arbeiter gehört habe.

Am vierten Tage debattirte der Handelsminister Möller, der sich zunächst an Richter's schlagfertigen Argumenten rieb und sich dann darüber ärgerte, daß Herr Gotheim den wirtschaftlichen Ausschuss in Aufreißung eines guten Witzes „Animierkneipe für höhere Bölle“ betitelt hatte. Wichtiger als diese Einleitung war sein Geständniß, daß er selbst die Empfindung habe, sich zwischen zwei Stühle gesetzt zu haben. Den Entwurfsstari erklärte er als ein günstiges Instrument, wieder zu neuen Handelsverträgen zu kommen, die er für notwendig hält und ohne welche auch den „armen Herren von der Landwirtschaft“ nicht zu helfen sei. Eine Verhändigung zwischen Industrie und Landwirtschaft sei die Grundlage des Tarifs. Dann kam Bebel. Schon die Züchtigung, die er der händlerischen Hegelei gegen die Handelsverträge und ihrem Spiel mit monarchischen Empfindungen zu Theil werden ließ, wirkte elektrisierend und trug ihm eine Mahnung des neugewählten Vizepräsidenten Graf von Stolberg ein. Mit schneidender Schärfe charakterisierte er den Reichskanzler als Vertreter der Nation der Bestehenden, während er selbst im Namen der anderen Nation der Unterdrückten reden wollte. Und nun häufte er Anklage auf Anklage. Er hielt der Regierung, den Konservativen, dem Centrum ihre zollpolitischen Wandlungen vor, kritisierte die Zustimmung der sächsischen Regierung zu dem Entwurf als ein Räthsel, das man nicht für möglich halten sollte, weil es die Vernichtung des auf der Industrie beruhenden Staatsgebäudes bedeute. Er führte Punkt für Punkt die gewaltige Fülle von Liebesgaben vor, die die Junker seit Jahrzehnten empfangen haben und zerstörte mit dem Hinweis auf die fortschreitende Technik und die steigenden Erträge im Getreidebau und in der Viehzucht, das Märchen von der allgemeinen Noth der Landwirtschaft. Wer vernünftig wirtschaftet, der brauche keine Getreidezölle. Damit man aber dem Jagdvergnügen fröhnen und die Herren Söhne als Kavallerieoffiziere sich Pferde und Reitresen halten können, damit sie in einer Nacht mehr verbummeln, als eine fleißige Arbeiterfamilie das ganze Jahr über verdienen könne, deshalb müsse der Wuchertarif Wech werden! Seine scharfe Kritik der agrarischen Forderungen, die ihre Versammlungen mit Gottvertrauen und Segensbitten schließen, brachte ihm einen Ordnungsruf. Das hielt den alten Kämpfer nicht ab, auch die katholischen Geistlichen zu brandmarken, die für die Verbesserung der Lebensmittel eintreten und dabei das Volk lehren: Unser täglich Brot gib uns heute! Dann hielt er den „notleidenden Agrariern“ die Eibekommißbestitzer und die deutschen Fürsten vor, die den enormsten Vortheil von den Zöllen haben und lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf den unerhöhten Zustand, daß so viele Abgeordnete persönlich an der Erhöhung der Getreide- und Viehzölle lebhaft interessiert seien, ohne daß sie von der Abstimmung ausgeschlossen werden können. Er erkannte den Rückgang der Zahl der Landarbeiter an, dem die Zunahme an industriellen Arbeitern und damit der Uebergang zum industriellen Staat entspreche. Es sei aber die Pflicht des Staates, für den Arbeiter eben so zu sorgen, wie für den Banerstand. Er berechnete, daß der Zoll schon jetzt eine fünfköpfige Familie um den Lohn von 8,4 Arbeitstagen belaste; ein Fünft-Mark-Zoll steigere diese Belastung auf 12, ein Sech-Mark-Zoll auf 14,4 Tagelöhne. Schon heute näherten sich Hunderttausende von Proletariatsfamilien von Kartoffeln. Die Enquete eines sächsischen Lehrers habe ergeben, daß zahlreiche Kinder in Dresden ohne Mittagbrot blieben, so daß der Lehrer selbst erklärte: „Man sollte sich schämen, bei solchen Zuständen noch das Brot zu verbrennen!“

Und nun kam ein Vorgang, der die Zolldebatte zu dramatischer Höhe erhob. Der Redner wies auf eine Mitteilung der „Sächsischen Volkszeitung“ hin, wonach ein Kind auf die Frage seines

Lehrers, ob und warum es auch in den Himmel kommen wolle, antwortete: „Dann hätte ich keinen Hunger mehr!“ Gibt es etwas Empörenderes, etwas Aufreizenderes gegen die heutige Gesellschaftsordnung, als die Keuperung dieses Kindes? rief er aus. Da ließ einer der Ärgsten Schreier der Junker, Graf von Arnim, die jynische Bemerkung fallen: „Vielleicht hat der Vater alles vertrunken!“ Im ersten Augenblick war alles ernst, selbst die nächsten Freunde des Junkers, dann erhob sich Minuten langer Proteststurm des Reichstages und Bebel, der selbst ob dieses verlegenden Zureus betroffen war, schleuderte dem Junker das Wort „Infamie!“ ins Gesicht. — Und als dieser Goelste der Nation noch darüber lachte, brandmarkte er dieses Verhalten als Gefühlsroheit. Der Präsident ertheilte ihm dafür einen Ordnungsruf in aller Form, erkannte aber an, daß der Redner durch den Zwischenruf schwer provoziert worden sei.

Unter starkem Tumult beendete Bebel seine wichtige Anklage-rede mit der Warnung vor den drohenden Folgen dieser Schutzpolitik: Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, vermindertes Konsum, Verschlechterung der Lage der Kleinhandwerker, Zunahme der Armen, Kranken und Invaliden, Vermehrung der Bettelenden und gesteigerter Bedarf an Bauschäutern anstatt Fabriken. „Im Namen der Gerechtigkeit — im Namen des Volkswohls, in die Grube mit diesem Entwurf!“

Herr von Rheinbaben, der neue Finanzminister suchte umsonst den ungeheuren Eindruck der Bebel'schen Rede durch wichtige Vergleiche mit dem Säveder Parteitag und durch müßige Phantasien über Aufrührerveruche abzumwachen. Er bestritt nicht, daß die Brotpreise mit den Getreidepreisen steigen, behauptete aber, daß sie nicht so schnell wie diese fallen und daß die Bäcker und Müller sich in den Profit theilen. Die Historie der „Sächsischen Zeitung“ von dem Kind sei zwar bedauerlich, wenn sie wahr sei — sie habe aber mit dem Getreidezoll nichts zu thun. Die indirekten Steuern hätten sich zwar in den letzten Jahren sehr vermehrt — das sei nicht zu leugnen. Aber solche Dpfer müßten unserer Wehrfähigkeit zu Wasser und zu Lande, zu Liebe gebracht werden. Nach ihm bestieg der sächsische Winterr v. Metzsch die Tribüne, um die sächsische Regierung gegen den Vorwurf unverantwortlicher Begünstigung der paar Agrarier zu verwahren. Gerade weil die Landwirtschaft in Sachsen nur 14 pSt. der Bevölkerung umfasse, deshalb müsse für sie von Regierungswegen Sorge getragen werden. Den Rest dieser Sitzung füllten persönliche Bemerkungen über „von Arnim's“ Zwischenruf aus, in deren Verlauf sowohl Bebel, als auch Graf Arnim, der die Stirn hatte, gegen Ersteren das Wort dedain (Berachtung) zu gebrauchen, zur Ordnung gerufen wurden. Die beiden nächsten Tage gebieten den einzelstaatlichen Regierungsbereitern und den süddeutschen Abgeordneten. Der Abgeordnete Sped (Bentrum), ein Derzoulrath und Bureaukrat, gab seine nationalökonomische Weisheit zum Besten, wonach das Ausland den Hauptzoll und der Zwischenhandel einen anderen Theil der Zollserhöhung trage, auf die Konsumenten aber nur eine Kleinigkeit entfalle. Er proklamirte ganz offen den verdrückten Grundlag, das Fortschreiten des Industriestaats zu verhindern. — Der bayerische Finanzminister v. Meibel gab sich alle Mühe, den vorliegenden Entwurf als den Sieg der mittleren Linie zu feiern. Ihn führte der schwäbische Kammerpräsident Payer von der süddeutschen Volkspartei trefflich ab, der die mittlere Linie zwischen den gegenwärtigen Zolltag und gar keinen Zoll verlegte. Im Uebrigen erwiderte Herr von Meibel in der jetzigen Wirtschaftskrise eine „heilfame Reaktion auf die vorausgegangene, ungesunde Aktion“ — ein herzlich schlechter Trost für die Arbeiter, die von der Letzteren nur wenig Vortheile hatten, aber die Folgen der Ersteren doppelt hart empfinden müssen. Herr Payer polemisierte sehr glücklich gegen den Tarif. Den Viehzüchtern hielt er entgegen, daß die deutsche Viehwirtschaft nicht höhere Fleischpreise, sondern mehr Fleischesser brauche. Wirtscham beleuchtete er auch die im Centralverband deutscher Industrieller zusammengeschlossene Industriellique, die allein für höhere Industriezölle eintrete und doch am allerbesten aus eigener Kraft es mit jeder Konkurrenz des Auslandes aufnehmen könne.

Der württembergische Ministerpräsident von Bischof trug stark auf zwei Schultern. Als Regierungsbereiter mußte er die Vorlage verteidigen, und er besorgte dies auch, aber in einer für die Agrarier wenig vortheilhaften Weise. Er gab nämlich verschiedene ihrer ugkräftigsten Begründungen preis, so z. B. in dem er erkannte, daß die kleineren und mittleren Grundbesitzer kein direktes Interesse an der Erhöhung der Getreidezölle hätten, daß die Letzteren zur Erhöhung der Brotpreise sähre, und den Konsumenten gewisse Dpfer auferlegen, ferner, daß diese Konsumenten sich durchaus nicht in günstigerer Lage befinden, als die Landwirthe. Der letzte Redner dieses Tages, Seyl zu Hemsheim, ist einer der an den Zollserhöhungen persönlich interessirten Abgeordneten.

Der letzte Tag der ersten Zollwoche wurde von Eischferrn eingeleitet. Der protestirliche Partier Winterer verschärfte die Genenigkeit seiner Freunde, für müßige Getreidezollerhöhungen einzutreten. Wie das große Centrum sich räupert, wie es spielt, so machen es die Eischferr in der Regel nach. Winterer's Spreeß gab dem eiläsischen Unterstaatssekretär von Schraut Anlaß, den eiläsischen Landwirtschaftsrath vor dem Vorwurf liegender Forderungen in Schutz zu nehmen. Ihn löste der Abgeordnete Schrader (freisinnige Vereinigung) ab, worauf der Hauptmatador

des Bundes der Landwirthe, Freiherr von Wangenheim, eine seiner bekanntesten Zollpartei hielt. Sehr unbequem wurde den Agrariern der Abgeordnete Bräse, ein freisinniger ostpreussischer Gutsherr, der, auf seine praktischen Erfahrungen als Landwirth gestützt, die allgemeine Noth der Landwirthschaft in's Reich der Fabel verwies. Nur ein Leutenmangel sei vorhanden, den der alles überwuchernde Militarismus verschärfe. Ungenügendes Betriebskapital, mangelhafte Kenntnisse und noble Passionen seien schuld, wenn viele Landwirthe nicht vorwärts kämen. Der westfälische Zentrumsmann Herold versicherte nochmals, daß das Zentrum seinen Zolltarif zu Stande kommen lassen werde, in dem nicht die Verwendung der Mehreinnahmen aus Getreidezöllen für eine Wittwen- und Waisenversorgung gesetzlich festgelegt sei. Man wird gut thun, diese Erklärung im Auge zu behalten. Herr von Thielemann bekannte sich ebenfalls als Anhänger des „Rationalegoismus“ und zum Schluß wiederholte die Bänder Hilpert und Schrempf zum so und jodelten Male, was ihre agrarischen Vorredner schon wiederholt hatten, wobei sie den Mangel eigener neuer Gedanken durch drastische Kraftworte zweifelhaftesten Kalibers ersetzten.

Was aber wird das Ende sein? Während der Kommissionsverhandlungen werden die Schutzzollpartei alles aufbieten, um die in ihren Entschcheidungen noch wartenden Volksvertreter ihren Plänen günstig zu stimmen. Möge auch die Arbeiterklasse in ihrem Einfluß nicht erlahmen, möge sie den Vertretern ihres Kreises die Konsequenzen ihres Thuns lebhaft vor Augen führen und in nachhaltiger Weise vor der Zustimmung zur Lebensmittelvertheuerung warnen. Sollte dann der Entwurf aber doch Gesetz werden, so erinnere man sich bei den nächstjährigen Reichstagswahlen daran, wem das deutsche Volk diesen Zollwucher zu danken hat.

zur Militärarbeit.

Am 10. Dezember hat, wie alle Jahre, die große Submission für Militärausrüstungen stattgefunden. Es sind u. A. 30 000 Tornister und ca. 70 000 Helme vergeben worden. Das ist gewiß viel Arbeit und die zwei Duzend Fabrikanten werden wohl ein schönes Stück Geld daran verdienen.

Wo bleiben aber die 2000 Militärsattler; hat man auch an diese gedacht, als man die Preise bei den Bekleidungsämtern eingereicht hat? Wir glauben, daß diese Frage mit Rein zu beantworten ist, denn darauf läßt das Verhalten der Herren am 7. Oktober schließen, als die Arbeiter den Herren die Hand reicheten, einen Tarif auszuarbeiten, der für ganz Deutschland Gültigkeit haben sollte und für mehrere Jahre festzulegen sei, um Streitigkeiten für beide Theile auszuschließen. Wohl kaum in einem Gewerbe ist es so leicht, einen Tarif für ganz Deutschland zu schaffen, als in dem unsern, da die Fabrikanten nur den Staat als Auftraggeber haben. Wenn wir uns das Verhalten der Herren in den letzten 4 Monaten betrachten, so haben wir nichts von ihnen zu erwarten, denn die große Arbeitslosigkeit, die wir jetzt haben, ist doch nur künstlich erzeugt, um die Sattler auszuhungern, um sie geschmeibig zu haben für den Abzug, mit dem die Fabrikanten kommen wollen. Der Anfang hat schon Herr Philipp Hoffmann, Berlin, gemacht. Er erklärte, daß für Tornister von jetzt ab 25 Pf. weniger gezahlt würden. Den Helmbeschlägern wurde mitgeteilt, daß sie Helme auf Vorrath beschlagen könnten, aber sie müßten das Stück 4—7 Pf. billiger machen als im Tarif steht. Das ist ein höchstlicher Lohnausfall von 4—6 Mk. Ebenfalls ließ die Firma Loh Söhne, Berlin, durch ihren Meister Baay den anfragenden Heimarbeiter mittetheilen: „Wenn Sie wollen Tornister machen, so können Sie welche bekommen, aber es giebt 25 Pf. weniger; ich weiß wohl, daß Sie bis zum 1. Januar die 25 Pf. mehr zu verlangen haben, aber wenn Sie einverstanden sind und uns keine Unannehmlichkeiten machen, so können Sie sich immer noch ein paar Mark zu Weihnachten verdienen.“ Wir sehen also, daß die Fabrikanten nicht die Zeit abwarten können, wann der Tarif abläuft.

Die größte Schuld an dem System hat wohl die preussische sowie die sächsische Regierung; erstens, daß die Arbeit auf Submissionen vergeben wird und zweitens, daß in den Submissionsbedingungen nicht der Passus enthalten, daß das Zwischenmeister- und Heimarbeiter-System verboten ist. Gerade die Heimarbeit trägt die Hauptlast an den elenden Verhältnissen; und nicht bloß aus Rücksicht auf die Arbeiter, nein, auch aus hygienischen Gründen für die Militärverwaltung müßte die Heimarbeit unterdrückt werden, denn bei vielen Heimarbeitern ist durch das elende Begehren die Krankheit ein ständiger Gast, und wer will behaupten, daß sie nicht ansteckend ist. Schon aus diesen Gründen müßten die Regierungen sich der bayerischen Regierung anschließen; dort ist es ausgeschlossen, ansteckende Krankheiten unter das Militär zu tragen, weil die meisten Arbeiten in Staatswerkstätten hergestellt werden und die Heimarbeit verboten ist. Hier steht man wieder, der Arbeiter hat von keiner Seite etwas zu erwarten, es bleibt ihm weiter nichts als die Selbsthilfe übrig. So entspringt von selbst die Frage: Welche Taktik haben wir im neuen Jahr einzuschlagen? Diese Frage läßt sich wohl unter Kollegen leichter beantworten als in der breiten Öffentlichkeit. Aber das eine steht fest, daß wir zu allererst die Kollegen, die noch nicht dem Verbande angehören, demselben zuführen und daß diejenigen, die so lange

mit uns gekämpft haben, demselben treu bleiben. Wir erwarten ferner, daß überall, wo eine Lokalkasse der Militärsattler ist, recht viel und hohe Beiträge gezahlt werden. Sollten wir in die Lage kommen, über ganz Deutschland einen Generalstreik zu führen, so brauchen wir zu allererst einen Kriegsfonds und die Einigkeit der Arbeiter.

Kollegen, am 7. Oktober haben wir den Fabrikanten die Hand gereicht, wir wollten einen dauernden Frieden, aber man hat uns schände abgewiesen; nun wohl, sie wollen den Krieg und sie sollen ihn haben, da wir keine Saisonarbeiter sind und die meisten von uns nicht das ganze Jahr Arbeit haben, so sind wir gezwungen, bei der ersten großen Periode, die sich uns bietet, in ganz Deutschland den Kampf aufzunehmen und mit den Fabrikanten einen Tanz aufzuführen. Wenn man uns wegen unseres Verhaltens bei irgend einer Gelegenheit zu vaterlandslosen Gesellen stampeln wollte, dann mag die Regierung sich bei den Herren Fabrikanten dafür bedanken.

Eine kleine Ungenauigkeit.

Im Verwaltungsbericht der Stadt Freiberg i. S. vom Jahre 1899 heißt es unter anderem:

„Die Anfertigung von Ausrüstungsgegenständen für das Heer gab eine hiesige Firma in Hausarbeit, um nicht mehr den Auslandsdrohungen der Sattler ausgesetzt zu sein.“

Es kann sich hier nur um den Leder- und Militärfeststoffabrikanten Moritz Stecher handeln, der nebenbei Freiburger Stadtrath ist und den Verwaltungsbericht der Stadt doch vor der Drucklegung jedenfalls gelesen hat. Wir möchten Herrn Stecher einmal fragen, in welcher Weise er im Jahre 1899 den Auslandsdrohungen der Sattler ausgesetzt gewesen ist? Weiter möchten wir ihn fragen, ob er denn erst im Jahre 1899 die Anfertigung von Ausrüstungsgegenständen in Hausarbeit gegeben hat? So viel wir uns entsinnen, hat Stecher schon jahrelang seine meiste Arbeit außerhalb der Werkstätte anfertigen lassen, vielfach von böhmischen Arbeitern, die ihrer Willfährigkeit und Billigkeit wegen importirt wurden. Wie sieht die Sache, Herr Stadtrath Stecher?

Er hat es gewagt — und die Ehre, die war gerettet!

Ein sonderbares Ansehen stellte Rechtsanwalt Dr. Röchner II im August d. J. an die Mitglieder der Sattlerverbände Filiale München. Der Herr Doktor theilte nämlich in einem Schreiben mit, daß alle Gerichte über die Firma Sattelberg u. Co., Ledermöbelfabrikation, über angelegliche finanzielle Schwierigkeiten, unbegründet seien und verlangte, daß die Mitglieder des Verbandes davon in Kenntniß gesetzt würden. Da die Vorstandschaft von einem derartigen Gerichte erst durch das Schreiben des Rechtsanwalts erfuhr und selbst, wenn ein derartiges Gerichte von Mitgliedern des Verbandes in Umlauf gesetzt worden wäre, man es doch nicht in der Hand gehabt hätte, den betreffenden Ausstreuern einen Maulkorb umzuhängen, beschloß eine Mitgliederversammlung, dem Herrn Rechtsanwalt die Antwort in einer der nächsten Versammlungen zu geben und ihn zu dieser Versammlung einzuladen. (Siehe hierzu den Versammlungsbericht in Nr. 17 d. Bl.) Auf der Tagesordnung, welche an die Mitglieder versandt wurde, war zu lesen: „Öffentliche Antwort auf den lächerlich dreisten Brief des Rechtsanwalts Dr. Röchner II.“ Als Fußnote stand noch unter anderem: „Kollegen! es gilt, die Einwendungen eines Rechtsanwalts in Dinge, die ihn gar nichts angehen, zurückzuweisen.“

Unterzeichnet war dieses Ansehen durch den Vorsitzenden der Filiale, Wilhelm Ellinger. Dr. Röchner II erschien nicht zu dieser Versammlung, sandte aber — dieses Jritular an den Staatsanwalt, und dieser erhob gegen den Kollegen W. Ellinger öffentliche Anklage wegen Berufsbetreibung.

In der Verhandlung (14. Dezember) vor dem Schöffengerichte München I erklärte nun Kollege W. Ellinger, daß er damals viel beschäftigt war und ein anderes Mitglied, das er nicht nenne, mit der Abfassung des Jritulars und der Einladung des Rechtsanwalts beauftragt habe. Das Jritular sei ohne seine Kenntniß mit seinem Namen gezeichnet worden, auch habe er den Inhalt nicht gekannt, jedoch sei derselbe so ausgeführt, wie damals die Stimmung der Versammelten war.

Durch Vermittelung des Rechtsbeistandes des Kollegen W. Ellinger kam es nun dahin, daß wenn Ellinger eine diesbezügliche Ehrenerklärung abgebe, event. Rechtsanwalt Röchner seine Anklage zurückziehe. Dies konnte Ellinger leicht vollführen und gab folgende Erklärung vor dem Schöffengerichte ab: „Daß es ihm sowie den Mitgliedern des Verbandes fern gelegen habe, den Rechtsanwalt Röchner zu beleidigen.“

Dr. Röchner und der Anwalt nahmen hierauf Klage und Strafanzug zurück. Die Kosten wurden auf Antrag des Anwaltes dem Kläger Dr. Röchner zugesprochen. Und die Ehre — die war gerettet.

Aus dem Auslande.

Der dritte belgische Gewerkschaftskongress wurde am 15. und 16. Dezember in Brüssel abgehalten. Vertreten durch Delegierte waren 192 Gewerkschaften und Gruppen. Nach dem Bericht des Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission betrug 1900 die Zahl der organisierten Arbeiter, die an das Komitee angeschlossen sind, 62 261, im Jahre 1901 84 896, davon waren 8456 Mitglieder sogenannter „neutraler“, alle übrigen Mitglieder sozialistischer Gewerkschaften. Die im Laufe dieses Jahres auch in Belgien herein gebrochene Krise hat den Mitgliederstand der Gewerkschaften sehr ungünstiger beeinflusst. Die Gewerkschaften haben vielfach gute Bibliotheken; die der Weber von Gent enthält 3000 Bände. Ihren Beitrag erhöht haben 25 Verbände; 6 haben ihn herabgesetzt. 18 Gewerkschaften haben einen fest angestellten Sekretär. Es wurde die Erhöhung der Quartalsbeiträge an das Generalkomitee von 3 auf 5 Cts. pro Mitglied vorgenommen.

Es wird über die Akkordarbeit verhandelt. Eine Umfrage hatte ergeben, daß 47 Verbände gegen, nur einer für die Akkordarbeit sich aussprachen. Der Kongress nahm eine Resolution an, in welcher die Akkordarbeit bekämpft wird. Die Gewerkschaften werden verpflichtet, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß überall die Bezahlung nach Stunden oder Tagen durchgeführt werde. Auch die Bezahlung in der Form von Provision und Tantemen, wie dies bei den Handlungsgehilfen vielfach üblich, wurde der Akkordarbeit gleich erachtet. Der Kongress sprach sich in einer Resolution gegen die Heimarbeit aus.

Nach einem Referat über die Gefängnisarbeit von Gustav Ernest wurde u. A. beschlossen: Es ist ein Gesetz anzustreben, durch welches Tarife für die Gefängnisarbeit festgelegt werden. (In Belgien bestehen schon solche Bestimmungen, aber sie werden nicht beachtet.) Ferner soll in diesem Gesetz ausgesprochen werden das Verbot aller Provisionen für die Direktoren, ein Teil der Gefangenen soll mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, ohne den freien Arbeitern schädliche Konkurrenz zu bereiten; herbeizuführen ist die Abschaffung der großen Werkstätten in den Gefängnissen, Verkürzung der Arbeitszeit der Gefangenen, damit mehr Sorge auf deren intellektuelle und moralische Erziehung gelegt werden kann. Bertrag bringt einen Zusatzantrag ein, nach welchem das Generalkomitee beauftragt wird, eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse in den Bildern und anderen religiösen Instituten, wo unter dem Vorzeichen des gewerblichen Unterrichts eine trasse Ausbeutung betrieben wird, zu veranstalten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird durch Resolution als die notwendigste Reform erklärt. Der Kongress beschließt: Die lokalen, nationalen und internationalen Organisationen haben ständig für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Am 1. Mai sind die Vertreter in den Kommunal-, Provinzial- und in den gesetzgebenden Körperschaften auf die Wünsche der Arbeiter hinzuweisen. Von der politischen Arbeiterpartei wird erwartet, daß sie wie für die politischen, so auch für die ökonomischen Forderungen Agitation entfalte.

Angenommen wird sodann noch ein Beschluß, wonach die Gewerkschaften verpflichtet sind, Sektionen für Lehrlinge zu gründen. Auch beschäftigte sich der Kongress mit der Erziehungsfrage und beschloß, für den obligatorischen Schulunterricht vom 7.—14. Jahre für Kinder und für Fortbildungsschulunterricht vom 14.—18. Lebensjahre einzutreten. Der Staat hat für ausreichende Beschäftigung und Bekleidung der Kinder armer Eltern zu sorgen.

Den Schluß des Kongresses bildet die Annahme einer Resolution zu Gunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Amerika. Ueber die Stärke der nordamerikanischen Gewerkschaften berichtet die „New-Yorker Volksztg.“ nach einer von Charles E. Ferguson und E. Dana Durand im Auftrage der Industrial-Kommission verfaßten Statistik, daß diese Herren die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften auf ungefähr anderthalb Millionen veranschlagen. Sie geben folgende Zahlen an:

| | |
|-----------------------------------------|----------------|
| Unions der American Federation of Labor | 960000 |
| Rundenschneider | 8800 |
| Lithographen | 2100 |
| Maurer | 39000 |
| Stoffateure | 7000 |
| Steinmetzen | 10000 |
| Ristenmacher | 5500 |
| Pianomacher | 7700 |
| Maschinen, Marine | 6000 |
| Maschinen, Lokomotivführer | 37000 |
| Lokomotivheizer | 39000 |
| Rondakteure | 25600 |
| Zugpersonal | 46000 |
| Weichensteller | 15000 |
| Briefträger | 15000 |
| Knights of Labor und Andere | 191100 |
| Total | 1400000 |

Im Septemberheft des „American Federationist“ (Organ der American Federation of Labor) heißt es in Bezug auf den Um-

fang dieses amerikanischen Gewerkschaftsbunds: „Am 31. Oktober 1900 waren die vereinigten Gruppen der American Federation of Labor 82 National- und International-Unionen, bestehend aus 9494 Lokal-Unionen, 16 Staats-Verbänden, 206 städtischen Zentral-Labor-Unionen (nach Art der Kartelle), und 1051 Lokal-Unionen, welche nicht an nationale oder internationale Körperlichkeiten angeschlossen sind. Die Zahl ist aber jetzt größer. Die gesammte Mitgliedschaft ist über eine Million.“

Wiel Werth hat diese Aufstellung nicht. Interessanter wäre es zu erfahren, aus welchen Berufen sich die „Knights of Labor“ (Ritter der Arbeit) und aus welchen Berufsorganisationen sich die „Federation of Labor“ (Bund der Arbeit) zusammensetzen.

Rechtsprechung.

Wegen „Erpressung“ verurtheilt wurde durch das Landgericht Raumburg der Zigarrenmacher Rosmann in Weissenfels, welcher gelegentlich einer Agitation in Panna über die schlechten Lohnverhältnisse in einer Zigarrenfabrik Erfindungen eingegeben hatte, und den Betriebsleiter brieflich unter Hinweis auf eventuelle Veröffentlichung seiner niedrigen Löhne zu veranlassen suchte, dieselben zu erhöhen. Das Gericht führte aus, daß die Inanspruchnahme der Veröffentlichung eine Drohung enthalte, bestimmt, einem Dritten einen „rechtswidrigen Vermögensvorteil“, nämlich den Arbeitern eine Lohnerhöhung zu verschaffen. „Der Begriff der Rechtswidrigkeit des Vermögensvorteils auf dem Gebiete der Erpressung erfordert nach der vom Reichsgericht in konstanter Rechtsprechung festgehaltenen Ansicht Weiteres nicht, als das Nichtbestehen eines Rechtes oder eines begründeten Anspruches auf den erstrebten Vermögensvorteil; in Verbindung mit dem Umstande, daß zu dessen Erreichung das Mittel der Gewalt oder Drohung angewendet wird. . . . Den Arbeitern stand ein Recht oder ein Anspruch auf die Erhöhung des Lohnes nicht zu; die Festsetzung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist allerdings Gegenstand freier Uebereinkunft. Eine Erhöhung der bisherigen Löhne setzt aber eine neue dazugehörige Vereinbarung voraus. Und ein rechtsbegründeter Anspruch auf eine solche neue, für die Arbeiter günstigere Lohnbedingungen enthaltende Vereinbarung bestand selbstredend nicht.“

Das Reichsgericht als Revisionsinstanz hat dieses Urtheil am 30. Oktober bestätigt. — Ueber das Urtheil selbst ist Neues nicht zu sagen; diese Rechtsprechung ist alt und bekannt, so wenig sie von uns auch als recht anerkannt werden kann. Daß den Arbeitern im Moment des Vergehens des Angeklagten kein klagbares Recht auf höhere Löhne zustand, ist zweifellos. Daburch wird aber die erstrebte Lohnerhöhung noch lange nicht zu einer rechtswidrigen, ebenso wenig, wie der vom Verurtheilten geschriebene Brief als ein rechtswidriges Mittel der Verwirklichung bezeichnet werden kann. Der Streik und die Aussperrung entspringen auf die Willensfreiheit der durch sie Betroffenen eine viel stärkere unmittelbare Gewalt, und dennoch sind diese Mittel zur Eringung solcher Vermögensvorteile von der Gesetzgebung ausdrücklich anerkannt. Nur die Justiz hat es fertig gebracht, die bloße Ankündigung solcher gesetzlich anerkannten Gewaltmittel als Drohung zu erklären und im Widerspruch mit § 152 der Gewerbeordnung erstrebte Lohnerhöhungen als „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ zu stempeln. Daß solche Rechtsprechung den Arbeitern den Weg einer Verständigung mit den Unternehmern geradezu verlegt und zum Verzicht auf alle Ankündigungen und Mittheilungen nöthigt, scheint den Gerichten noch immer nicht einzuleuchten. Das neueste Urtheil, das auf den gleichen unhaltbaren Voraussetzungen basiert, ist aber deshalb erwähnenswerth, weil es gerade mit einer Kera der Lohnverabredungen zusammenfällt, die von den Unternehmern mit häufig direkt erpresserischen Ankündigungen und Maßnahmen durchgesetzt werden. Wer das Recht der Arbeiter wirksam schützen will, der veräume niemals eine Gelegenheit, den Unternehmern die Folgen der von ihnen so gepriesenen Rechtsprechung am eigenen Leibe fühlen zu lassen.

Gewerkschaftliches.

Der **Fachbinderverband** hat 7092 männliche und 2712 weibliche Mitglieder. An Arbeitslosen-Unterstützung wurde im 3. Quartal bei 88 151,25 Mk. Beträgen 11 862,05 Mk. ausgegeben. * Die **Druckereiarbeiter** nehmen eine Urabstimmung über Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vor. * Die **Glasarbeiter** haben zur Zeit noch 115 Verheirathete mit 518 Kindern und 18 Ledige zu unterstützen. * Der Verband der **Graveur** und **Eiseteure** wandte sich an die Reichsdruckerei mit dem Gesuch, dem Unfug zu steuern, daß Graveure nach Schluß der Arbeitszeit für Privatgeschäfte arbeiten und dadurch ihre Kollegen schädigen. Die Direktion lehnte es ab, ihren Arbeitern in Bezug auf die Ausnutzung der freien Zeit über die Arbeitsordnung hinausgehende Verpflichtungen aufzuerlegen. Dieselbe Erfahrung, die wir mit verschiedenen Artilleriemerksmalen gemacht haben. * Der **Fachmacherverband** besaß am Ende des 3. Quartals 19 891 Mitglieder, davon 1715

weibliche. * Der Vorstand der **Leipziger Gewerkschaft** in Berlin sowie die Arbeitgebervertreter der **Arbeiterkommission** haben am 13. Dezember die Kündigung der am 1. Februar und 1. März abgelaufenen Tarifverträge eingereicht. Die Arbeitnehmervertreter haben den Vorsitzenden der Arbeiterkommission, Herrn **Gewerkschaftsrat Dr. Schälhorn**, von der Kündigung in Kenntnis gesetzt und eine Sitzung beantragt, in der Verhandlungen zum Zweck der Verlängerung resp. der Neubearbeitung der Verträge angedacht werden sollen.

Verband der Sattler
und verw. Berufsgenossen.

Schankung.

Die neuen Marken: Beitragsmarke zu 25 Pfg., Marke „Arbeitslos“ und Marke „krank“, sind allen Verwaltungsstellen zugesandt worden. Dieselben sind vom 1. Januar an in Gebrauch zu nehmen.

In der Beitragsklasse sind zur Eintragung von nachträglich gezahlten Beiträgen à 20 Pfg. mehrere Seiten frei zu lassen, sodas die Marken à 20 Pfg. und à 25 Pfg. nicht durcheinander gedruckt zu werden brauchen.

Um die Marken „Arbeitslos“ und „krank“ buchen zu können, sind in der Beitragsklasse vor der Rubrik „Eintrittsgeld“ zwei Rubriken zu ziehen. In diese Rubriken ist die Anzahl der wegen **Arbeitslosigkeit oder Krankheit** verausgabten Marken einzutragen. Hier eine Probe:

| Quartal | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 |
|---------------------------------------|-----------------|---|----------------|---|---------------|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Name | Schulz, Wilhelm | | Reumann, Fritz | | Müller, Ernst | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Bilder, Karl | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Arbeitslos | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Krank | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Eintrittsgeld | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Anzahl der Beiträge | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Von welcher Höhe bis zu welcher Höhe? | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mk. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Pf. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Jeder die Marken „Arbeitslos“ und „krank“ ist ebenso genau abzurechnen, wie über die Beitragsmarken; die am Schlusse des I. Quartals zu versendenden Abrechnungsformulare werden eine entsprechende Rubrik erhalten.

Bei Uebertreten von einer mit uns im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Organisation und bei Auszahlung von Unterstützungen an solche übergetretene Mitglieder ist vom 1. Januar an auf den Beitragscheinen und den Unterstützungsquittungen genau anzugeben, von welcher Organisation und an welchem Tage der Betreffende übergetreten ist. Die neuen Formulare, von denen jeder Verwaltungsstelle eine Probe übersandt wurde, sind bereits dementsprechend eingerichtet.

Da wegen Neueinstellung der Reisesprecher nur wenige Wünsche laut geworden sind, können wir von der Herausgabe einer neuen Stredenberechnung Abstand nehmen. Die Stredenberechnung für 1901 bleibt somit mit folgenden Abänderungen in Gültigkeit:

Die Streden **Frederikshøje**—Bremerhaven
Flensburg
Hamburg
Kiel
Uetersen
und umgekehrt fallen wegen Auflösung der Verwaltungsstelle **Frederikshøje** fort.

Dafür treten folgende Streden hinzu, die selbstverständlich auch in umgekehrter Weise (also Bremerhaven—Kiel x.) gelten.

| | | |
|-------------------|--------|----------|
| Kiel—Bremerhaven | 152 km | 3,05 Mk. |
| —Uetersen | 90 | 1,80 |
| Flensburg—Hamburg | 162 | 3,25 |
| —Bremerhaven | 169 | 3,40 |

Auf Wunsch von Frankfurt a. O.:

| | | |
|------------------------|-------|----------|
| Frankfurt a. O.—Berlin | 91 km | 1,80 Mk. |
| —Guben | 51 | 1,— |
| —Posen | 185 | 3,70 |

Auf Wunsch von Stuttgart:
Frankfurt a. M.—Stuttgart . . . 179 km 3,60 Mk.

Auf Wunsch von Mannheim:
Mannheim—Straßburg . . . 181 km 2,60 Mk.

Auf Wunsch von Straßburg:
Köln—Straßburg . . . 306 km 6,— Mk.

Die Auszahler von Reise-Unterstützung sowie die wandernden Mitglieder werden ersucht, von dieser Umänderung Kenntnis zu nehmen.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, ihre Beiträge bis Ende Dezember so bald wie möglich zu bezahlen; dagegen werden die Ortsverwaltungen ersucht, die Abrechnung über das IV. Quartal bis spätestens den 15. Januar einzusenden, ohne Rücksicht darauf, ob die Mitglieder ihre Beiträge bis Jahreschluss bezahlt haben oder nicht. Die am Ort vorhandenen Marken à 20 Pfg. brauchen erst mit der Abrechnung über das I. Quartal 1902 zurückgesandt werden.

Neugegründet ist eine Verwaltungsstelle in Gera bei **Eigersburg** i. Th.

Der Vorstand.

F. A. Joh. Sassenbach.

Abrechnung vom 12. bis 26. Dezember 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen:
Offenbach 600,—, Hannover 100,—, Coblenz 20,—, Mühlheim 30,— Mk. Sa. 750 Mk.

Beiträge von Einzelmitgliedern: G. Wegel-Danabrid 3,40, F. Achsricht-Stralsund 3,—, F. Hausmann-Wittfod 1,60, G. Hoops-Blumenthal 2,—, P. Berge-Trübsee 2,—, B. Schwenemann-Angermünde 2,60, G. Müller-Gerstshofen 3,—, F. Müller-Sonderburg 3,40, 4 Einzelmitglieder: Fährtenwalde 13,60, F. Horneber-Stade 3,—, D. Drews-Möhlen 3,20, G. Schäbler-Fischer 2,60, E. Mädler-Plauen 4,20, G. Finke-Dickersleben 3,40, G. Hornburg-Templin 3,20, F. Brauer-Herbstern 2,40 Mk. Sa. 56,00 Mk.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen **Albert Bethle**, Nr. 16 602, zuletzt in Friedberg i. H., kann vom Unterzeichneten in Empfang genommen werden.

Den Kollegen allerorts wünsche ein gesundes Neujahr!

Georg Standke, Hauptkassier.
Berlin 30.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

Agitationskomitee für **Posen** Posen. Adresse des Obmannes: **Karl Schneider**, Offenbach a. M., Feldstr. 23.
Berlin VI. K. Wils. Gartle, Schumannstr. 15 a.

Bemerkungen zur Abrechnung.

Die Abrechnung von Dresden I umfaßt zwei Quartale. Von den „sonstigen Einnahmen“ sind bei Ebersfeld 50 Mk., bei Barmen, Braunschweig und Köln a. Rh. die ganze angegebene Summe Zuschüsse aus der Hauptkasse. Bei Berlin V wurden 25 Mk. vom Brandenburger Agitationskomitee unter der Rubrik „sonstige Einnahmen“ verrechnet. In den Eintrittsgeldern und Beiträgen sind von Frauen enthalten:

| | Eintrittsgeld | Beiträge |
|--------------|---------------|--------------|
| Berlin III | — | 20,10 |
| München | — | — |
| Offenbach | —,50 | 26,60 |
| Stuttgart | 1,75 | 3,40 |
| Summa | 2,25 | 50,10 |

Berlin III zählt 22, München 1, Offenbach 29 und Straßburg i. G. 4 weibliche Mitglieder.

Abrechnung der Hauptkasse für das III. Quartal 1901.

| Einnahme. | |
|---------------------------------------------|--------------------|
| Bestand vom vorigen Quartal | 2588,— Mf. |
| Von den Verwaltungsstellen: | |
| Barmen | 22,50 |
| Berlin I. | 510,50 |
| Berlin II. | 205,— |
| Berlin III. | 475,— |
| Berlin IV. | 580,— |
| Berlin V. | 40,30 |
| Berlin VI. | 95,— |
| Bonn | 23,— |
| Brandenburg | 80,— |
| Bielefeld | 17,40 |
| Bremen | 18,— |
| Breslau | 121,90 |
| Brieg | 22,50 |
| Chebnitz | 70,— |
| Danzig | 15,— |
| Dorfmünd. | 20,— |
| Dresden I. | 338,42 |
| Dresden II | 80,— |
| Eisleben | 50,— |
| Elberfeld | 104,80 |
| Hensburg | 35,— |
| Frankfurt a. M. | 50,— |
| a. D. | 35,— |
| Hamburg I. | 104,80 |
| Hamburg II. | 25,— |
| Hannover | 60,— |
| Harburg | 24,90 |
| Jena | 43,71 |
| Kaiserlautern. | 69,— |
| Karlsruhe | 6,80 |
| Kassel | 115,20 |
| Kiel | 70,— |
| Königsberg. | 40,— |
| Leipzig I. | 166,40 |
| Leipzig II. | 62,84 |
| Magdeburg | 97,29 |
| Mannheim | 94,71 |
| Mühlheim | 40,— |
| München | 311,66 |
| Nürnberg | 102,30 |
| Oberrad | 50,— |
| Offenbach a. M. | 847,90 |
| Odenburg | 10,— |
| Potsdam | 85,— |
| Reutlingen | 16,— |
| Spandau | 9,40 |
| Stuttgart | 128,40 |
| Strasburg i. E. | 30,— |
| Tittau | 10,— |
| Vom Agitations-Comitee Hessen S. | 200,— |
| An Sammelgelder für Streit Elberfeld-Barmen | 89,60 |
| Berlin IV. | 23,95 |
| Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern | 13,— |
| Beiträge von Einzelmitgliedern | 409,80 |
| Summa | 8799,18 Mf. |

Ausgabe.

| | |
|-----------------------------------|--------------------|
| An die Agitations-Kommissionen: | |
| Brandenburg | 360,50 Mf. |
| Schlesien | 21,90 |
| Rheinland | 24,80 |
| Walg | 14,— |
| Baden (Süd) | 9,71 |
| Baden (Nord) | 6,80 |
| Hessen (Nord) | 15,20 |
| Hessen (Süd) | 247,90 |
| Sachsen (Provins) | 48,80 |
| Bayern (Süd) | 48,66 |
| Bayern (Nord) | 22,90 |
| Württemberg | 26,40 |
| Westphalen | 17,40 |
| Schleswig-Holstein | 104,80 |
| Sachsen (West) | 91,40 |
| (Ost) | 74,42 |
| Summa | 1129,49 Mf. |
| Für Zeitungen | |
| Entschädigung von Sitzungen | 964,85 |
| Gemahregelten-Unterstützung Brieg | 21,50 |
| Berlin III | 240,— |
| München | 150,— |
| Streit-Unterstützung München | 168,— |
| f. Glasarbeiter | 100,— |
| Umzugs-Unterstützung Barmen | 100,— |
| Dresden I. | 22,50 |
| Extra-Unterstützung Elberfeld | 134,— |
| | 50,— |

| | |
|-------------------------------------|--------------------|
| Für Delegiertenkosten Elberfeld | 30,— Mf. |
| Straßburg i. E. | 30,— |
| Strafe und Gerichtskosten Berlin II | 120,70 |
| Rechtsanwaltskosten Dresden I | 30,— |
| Zuschuß nach Ulm | 15,— |
| Pfaunschwieg | 10,— |
| Agitation nach Schleswig-Holstein | 151,80 |
| Stettin | 13,40 |
| Schreibmaterial | 5,10 |
| Annonce | 2,80 |
| Gehalt des Vorsitzenden | 800,— |
| Porto | 72,58 |
| Gehalt des Kassirers | 90,— |
| Porto | 58,35 |
| Kantogeld | 9,— |
| Bestand | 4780,11 |
| Summa | 8799,18 Mf. |

G. Standke, Hauptkassirer.

Revidirt und für richtig befunden.

Berlin, den 6. November 1901.

P. Blum. E. Schulze. E. Gäbler.

Bremen. Am Sonnabend, den 14. Dezember, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Steinile wies auf den Aufsatz des Kollegen Cassenbach betreffs wandernder Bibliotheken hin, und erklärte sich dagegen. Kollege Günther sprach für die Einführung. Bei der Abstimmung war die Hälfte der Mitglieder dagegen und die andere Hälfte dafür. Kollege Günther theilte mit, daß ihm als Agitationsleiter jetzt, nach 4 Monaten, von Bremerhaven noch kein Material trotz Aufforderung zugefandt wäre. Die Versammlung beauftragte Kollegen Cassenbach, diese Sache schnellstens zu regeln. Unter Verschiedenes wurde der Antrag gestellt, einem Kollegen, der jetzt seiner Militärzeit genügt, zu Weihnachten 3 Mf. aus der Lokalkasse zu senden, was einstimmig angenommen wurde.

(Bremerhaven ist bereits aufgefordert worden, das Material des Agitationskomitees Hannover-Nord nach Bremen zu senden. Diese Aufforderung wird hiermit wiederholt. J. S.)

Mühlheim (Ruhr). Mitgliederversammlung vom 14. Dezember. Zunächst erstattete B. Dremora Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Die gefaßten Beschlüsse konnten infolge schlechten Besuchs der Versammlung nicht besprochen werden. Im Gewerkschaftlichen ratte der Vorsitzende die Laubheit der Kollegen. Er führte an, daß sich die Filiale Mühlheim schon einer ganz ansehnlichen Mitgliederzahl erfreue, aber leider lassen Beteiligung und Besuch der Versammlungen viel zu wünschen übrig. Sodann wurde noch das Lokal für die im Februar stattfindende Konferenz festgemacht.

Vermischtes.

Geschäftskrise. Die Gothaer Waggonfabrik schloß am 30. Juni ihr Geschäftsjahr nach Aufzehrung des Reservefonds mit einem Verlust von 229 845 Mf. ab, gegenüber einem Reingewinn von 82 146 Mf. im Vorjahre. Die Direktion erklärt das ungünstige Ergebnis mit der rückgängigen Konjunktur und mit der Wertverminderung der Bestände. Noch ungünstiger ist das Geschäftsergebnis für die Süddeutsche Waggonfabrik in Kleinfurth a. M., die sich schon jetzt, nach kaum dreijährigem Bestehen, genötigt sieht, ihren Aktionären die Anzeige zu machen, daß über die Hälfte des Aktienkapitals verloren ist. Schon im Vorjahre hatte sich ein Betriebsverlust von 78 472 Mf. und nach 80 589 Mf. Abschreibungen ein Fehlbetrag von 104 011 Mf. ergeben. Diesmal wird ein Betriebsverlust von nicht weniger als 764 488 Mf. ausgewiesen; ferner waren auf die Anlagen 178 527 Mf. und auf Waaren und Halbfabrikate 287 497 Mf. abzuschreiben, so daß ein Fehlbetrag von 1 225 457 Mf. hinzuwächst, durch den sich die Unterbilanz auf 1 847 227 Mf. erhöht bei 2,47 Millionen Aktienkapital.

Der Achtstundentag. Ein bemerkenswertes Urtheil über den Achtstundentag befindet sich im Jahresbericht des Gaswerks der Stadt Offenbach a. M. für das Jahr 1900/01. Es heißt darin: „... trotz Einführung der Achtstundenschicht bei den Feuerleuten unter Beibehaltung der für die frühere Zwölfstundenschicht gezahlten Löhne haben die Gaszeugungskosten sich nicht erhöht, sondern gegen das Vorjahr sogar noch vermindert.“ Der Bericht hebt besonders hervor, daß dieses günstige Resultat zum großen Theil auf die relativ größere Leistungsfähigkeit des einzelnen Mannes gegen das Vorjahr zurückzuführen sei.

Es ist sehr erfreulich, daß eine häßliche Behörde zu dieser lobenswerthen Einsicht gelangt, deren Erreichung allerdings nicht zu den schwierigsten Aufgaben des Lebens gehört.

Ergebnisse der Volkszählung. Im Anschluß an die bereits im Februar d. J. erfolgte Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 bringt das

eben erschienene Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen Reichs endgiltige Nachweise, die durch diese große Erhebung festgestellt wurden. Sie sind vom Kaiserlichen Statistischen Amte in drei Arbeiten dargestellt und haben zum Gegenstand: 1. die Bevölkerung, Fläche, Wohnhäuser im Deutschen Reich; 2. die Bevölkerung auf den deutschen Schiffen im Ausland; 3. die Zoll-Direktionsbezirke und Zoll-Ausschlüsse, deren Begrenzung und Bevölkerung.

Im Ganzen betrug die Einwohnerzahl innerhalb des Reichs am Volkszählungstage 56 367 178, und zwar 27,7 Mill. männliche, 28,6 Mill. weibliche. Als weitere Bestandteile der Reichsbevölkerung kommen hinzu 38 982 Personen auf den 700 deutschen Schiffen, die am 1. Dezember 1900 auf offener See in Fahrt waren, 26 941 Personen, die damals an Bord von 587 deutschen Schiffen in ausländischen Häfen und Küstengewässern verweilen, ca. 9400 weiße Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten (die andere Bevölkerung daselbst ist auch schätzungsweise nicht anzugeben), endlich 21 608 am Volkszählungstage in China befindliche Militärpersonen des deutschen Expeditionskorps. Für das deutsche Zollgebiet stellte sich die Bevölkerungszahl im Jahre 1900 auf 56 589 925.

Die große Vermehrung, welche die deutsche Bevölkerung während der letzten Volkszählungsperiode 1895/1900 erfahren hat — 4 Millionen oder 7,8 v. H. — und welche die Zunahme aller früheren Volkszählungsperioden seit Begründung des Reichs erheblich übertrifft, ist nicht bloß auf die hohen Geburtenziffern der inländischen Bevölkerung zurückzuführen, sondern auch auf den während des Jahresfortschritts weiter erfolgten Rückgang der überseeischen Auswanderung und auf die Einwanderung von fremden Bevölkerungselementen in das Reich.

An Wohnhäusern wurden gezählt 6,2 Millionen bewohnte, 189 000 unbewohnte, ferner 89 000 andere bewohnte Baulichkeiten, mithin 6,8 Millionen bewohnte Baulichkeiten, 6,4 Mill. zur Wohnung dienende oder bestimmte Baulichkeiten überhaupt, sodas auf einen Quadratkilometer durchschnittlich 11,9 zur Wohnung dienende oder bestimmte Baulichkeiten, auf ein bewohntes Gebäude 8,92 Einwohner treffen.

Zum Besuche der **Frank-Ausstellung**, zeichnende **Künste der Berliner Professoren**, die im Garten des Theaters des Westens aufgestellt ist, stehen unseren Verbandsmitgliedern Eintrittskarten — à 10 Pf. anstatt 1 M. — zur Verfügung. Die Ausstellung ist Montags bis 8 Uhr geöffnet; an diesem Tage finden von 6—8 Uhr Führungen statt. Am Sonntag ist sie bis 7 Uhr, am Mittwoch bis 10 Uhr, an den übrigen Tagen bis 6 Uhr geöffnet. Auf Vorzeigung der Eintrittskarte hin wird der Katalog zum halben Preise abgegeben. Die Eintrittskarten sind beim Kollegen Cassendach oder im Arbeitsnachweis in Empfang zu nehmen.

Verbrauch von Wein, Bier und Branntwein in den wichtigsten Ländern. Ueber den Konsum von Wein, Bier und Branntwein, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, giebt eine britische Parlamentsdrucksache folgende interessante Uebersicht:

| | Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung: | | | | | |
|-----------------------------|-----------------------------------------|------|------------|-------|------------|-------|
| | Alter Branntwein | | Alter Bier | | Alter Wein | |
| | 1898 | 1899 | 1898 | 1899 | 1898 | 1899 |
| Großbritannien | 4,7 | 5,0 | 144,9 | 148,6 | 1,9 | 1,9 |
| Rußland | 4,9 | — | 4,1 | — | — | — |
| Norwegen | 2,6 | 3,3 | 21,6 | 22,2 | — | — |
| Schweden | 8,1 | 8,6 | 50,0 | — | — | — |
| Dänemark | 14,7 | 15,4 | 94,6 | 99,9 | — | — |
| Deutschland | 8,4 | 8,8 | 124,2 | 125,0 | 3,5 | 4,7 |
| Belgien | 8,6 | 8,1 | 207,0 | 213,0 | — | — |
| Frankreich | 9,4 | 9,2 | 25,0 | 27,0 | 112,0 | 113,0 |
| Schweiz | 6,2 | 6,1 | 70,0 | 70,0 | 67,0 | 67,0 |
| Italien | 1,1 | 1,2 | — | — | 92,0 | 93,0 |
| Oesterreich | 10,0 | 11,0 | 71,0 | 72,0 | 20,0 | 15,0 |
| Ungarn | 11,0 | — | 9,0 | 9,0 | 10,0 | 14,0 |
| Rumänien | 9,6 | 4,4 | — | — | — | — |
| Berein. Staaten von Amerika | 4,4 | 4,9 | 57,9 | 60,6 | 1,3 | 1,5 |

In Frankreich, im republikanischen Frankreich, giebt es nach einem Artikel der „Revue de la Revue“ ungefähr 45 000 adlige Familien; von diesen steht es bei 25 000 fest, daß ihr Adelstitel

falsch ist, bei den übrigen 20 000 ist er mehr oder weniger zweifelhaft. Und das nennt sich Republikaner.

Das sich erwachsende Jents freiwillig einen Maulkorb anlegen, sollte man kaum für möglich halten, inbessern ist bei uns in Deutschland alles möglich. Gatten da vor einiger Zeit die Bremer Kriegervereine eine Erklärung gegen unzutreffende Neußerungen des ersten Vorsitzenden der gesammten deutschen Kriegervereine, irgend einen General a. D. losgelassen. Jetzt haben sie feierlich Abbitte geleistet, indem sie erklären:

Wir nehmen alle unsere Ausstellungen und Bemerkungen über die Rede Seiner Excellenz zurück und bedauern gleichzeitig ganz besonders, daß wir in unserer Erregung den Instanzenweg außer Acht gelassen und den Weg eines öffentlichen Protestes gewählt haben.

Das „Allerlei“ wurde vor längerer Zeit verurteilt, weil es im Worte „Kriegerverein“ ein δ an die Stelle des γ gestellt hatte.

Der Automobilitismus in Ägypten. Die Pyramiden sind 40 Jahrhunderte alt geworden, aber was sie jetzt erleben, dürfte ihnen in ihrer ganzen schicksalreichen Existenz noch nicht vorgekommen sein: Die Mutter des Rhebive hat für 24 000 Mark einen prächtigen Automobil-Landauer gekauft und zugleich einen der tüchtigsten „Chauffeurs“ von Paris engagiert; er befindet sich bereits auf dem Wege nach Ägypten. Der „Gaulois“ bemerkt zu dieser Nachricht etwas bösbast: Ähnlich mehreren europäischen Herrschern, die für den Rotor schwärmen, wird jetzt also auch der Rhedive im Lande der Pharaonen . . . Staub aufwirbeln können!

Allerlei.

Ein einundzwanzigjähriger Schriftsetzer, Carl Rüssperling, kam auf der Wandererschaft am 30. v. M. nach Gießen. Als er dort in der Herberge seine Ausweis-papiere vorlegte, zeigte er auch ein Portemonnaie mit 100 M. und eine silberne Renon-toileuhr. Abends ging der junge Mann aus und kehrte nicht wieder zurück. Am andern Morgen fand man ihn als Leiche im Wasser wieder. Das Portemonnaie lag am Ufer, aber das Geld fehlte, ebenso die Uhr. Die Duitungs-karte wurde später angeschwemmt. Der junge Mann ist ohne Zweifel ermordet und beraubt worden. Die Berliner Kriminal-polizei stellt jetzt Ermittlungen an, ob etwa Leute, mit denen der Geübete in der Herberge zu Gießen war, sich nach Berlin gewandt haben oder ob vielleicht die Uhr in Berlin verkauft oder veräußert worden ist. Die silberne Uhr hat einen Goldrand und auf dem äußeren Deckel das Bergmannswappen mit dem Bergmannsgruß „Gülden!“ Auf der Innenseite des Deckels steht der Name Carl Rüssperling, auf dem Zifferblatt die Firma des Uhrmachers Galmus. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Fall Aufklärung fände, jeder ehrliche Handwerks-bürsche hat ein Interesse daran. * Der Ueber-Narr Graf Pädler fand wieder einmal wegen seiner verrückten Reden vor Gericht. Seine Ausführungen hätten einem anderen Redner mindestens einige Monate eingebracht, Pädler wurde freigesprochen, weil er nur in Bildern gesprochen hat. Dann sollte man doch auch offen erklären, daß der Herr verrückt ist. * Der Berliner „Vorwärts“ wird vom 1. Oktober 1902 ab in eigener Regie hergestellt werden. * Der badische Landtagsabgeordnete Burckhard nannte die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eine Faulenzerversicherung. * Um ein geordnetes Leben zu haben, ließ sich der frühere Bäder-geselle August Stelle bei einem Einbruch ertappen. Beim Verhör erklärte er, daß er ehrliche Arbeit doch nicht mehr finde, so möchte er wenigstens ein geordnetes Leben im Zuchthaus bis ans Ende seiner Tage haben. * In Sachsen hat die zweite Kammer des Landtages ein Einkommensteuergesetz angenommen, welches die bisherigen Steuer-sätze bei Einkommen von 800 M. ab um 25 pCt. erhöht. * Die Lehrlinge sind unsere Kriegskasse, diesen neuen Ausspruch gebrauchte ein Berliner Steinsetzmeister in einer Innungs-versammlung. * Der preussische Landtag ist zum 8. Januar einberufen.

Briefkasten.

H. Müller, Ebersfeld. Die Notiz über die Schweißer Werkstatt möchte ich aus verschiedenen Gründen nicht bringen. Vereiende Antwort konnte ich nicht geben, da jede Adresse fehlt.

Anzeigen.

Möbelbranche.

Großes Möbel- u. Decorationsgeschäft Süddeutschlands sucht eine selbstständige, mit der gesamten Branche durchaus vertraute, tüchtige

1. Kraft

als Geschäftsführer. — Gehaltliche Sach- u. Kaufmännische Kenntnisse Bedingung. — Offerten unter H. 520 F an Hausmann & Vogler, A.-G., Frankfurt a. Main.

Glomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Begleitkarte von Deutschland u. ang. Ländern. 368 Seiten geb. 1,20 M. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Eins. von 1,40 M. von

G. Glomke's Verlag Bielefeld.

Anträge auf Lebens-, Feuer-Versicherung u. übernimmt Georg Standke, Berlin SO., Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Ladewig's Bier-Stuben

Rembrandtstr. 65.

Vorzügliches Weiß- und Pilsener-Bier.

Vorzimmer für 40 Personen.

Frang. Billard.

Telephon.

Bisplatz der „Freien Volksbühne“.

Die Berliner Kollegen und ihre Damen treffen sich jeden Freitag Abend im Restaurant des Gewerkschaftshaus.